

Niger: Juntaführer Präsident

Nigers Militärherrscher, General Abdourahamane Tchiani, ist für eine Übergangszeit von fünf Jahren als Präsident des Landes vereidigt worden. Er führt das Land seit 2023, nachdem er Nigers gewählten Präsidenten Mohamed Bazoum abgesetzt hatte. Die Verfassung des Landes wurde durch eine neue Charta ersetzt. General Tchiani erklärte, dass die neue Charta Nigers im Einklang mit den traditionellen Verfassungen stehe, aber auch „beispiellose Maßnahmen zum Schutz unserer natürlichen Ressourcen vorsieht, damit die Nigerianer wirklich von der Nutzung ihres Reichtums profitieren“. Das Land hat seine Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich abgebrochen und neue Bündnisse mit Russland geschlossen. 27.03.2025

Wie lange noch Mnangagwa?

Simbabwes Regierungspartei, ZANU-PF, wird seit langem von internen Machtkämpfen zerrüttet. Die Spannungen erreichen ihre Spitze, da Mnangagwa versucht, seine Machtposition zu festigen. Der Fraktionskampf zwischen Mnangagwas Loyalisten und denjenigen, die mit Vizepräsident Chiwenga, dem ehemaligen Militärgeneral, der 2017 eine Schlüsselrolle bei dem Putsch gegen Robert Mugabe spielte, verbündet sind, ist in den letzten Monaten eskaliert. Kriegsveteranen, angeführt von Blessed Geza, haben für den **31. März** zu landesweiten Protesten aufgerufen, um Mnangagwa zum Rücktritt zu zwingen. Geza beschuldigt den Präsidenten, die wirtschaftliche Notlage, die grassierende Korruption und die zunehmende Repression nicht in den Griff zu bekommen. Die Militärpräsenz in Harare und Bulawayo wurde verstärkt.

Sudan: Rückeroberung von Khartoum

Gut zwei Jahre nach Beginn des Bürgerkriegs hat Militärherrscher Fattah al-Burhan die Rückeroberung der Hauptstadt verkündet. Die paramilitärische RSF ("Rapid Support Forces"), räumte den Verlust des Präsidentenpalasts, des Flughafens und anderer Teile der Stadt ein. Die RSF hatte im April 2023 einen Machtkampf gegen die Armee begonnen. In den Auseinandersetzungen wurden zehntausende Menschen getötet und mehr als zwölf Millionen sind geflohen. UNO-Experten schätzen, dass nun der Krieg im Zentrum und im Osten des Landes fast vorbei ist, während der Westen und die Provinz Darfur noch unter Kontrolle der RSF-Miliz sind. 26.03.2025

Kamerun: Mangroveninseln übernommen?

Der nigerianische Senat hat einen achtköpfigen Ad-hoc-Ausschuss eingesetzt, der den Vorwürfen nachgehen soll, dass die Republik Kamerun die nigerianische Mangroveninseln und maritime Gebiete in Efiat, Mbo Local Government Area of Akwa Ibom State, gewaltsam übernommen hat. Der Senat stellte fest, dass die kamerunische Regierung in die nigerianischen Inseln in Akwa Ibom eingedrungen ist, obwohl die betroffenen Inseln nicht zu den Gebieten gehören, die Kamerun gemäß den deutsch-britischen Verträgen von 1913 oder dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom Oktober 2002 abgetreten wurden. 25.03.2025

Burundi: Krisen belasten Nahrungsmittelhilfeprogramme

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) hat rasch zusätzliche Hilfe in Burundi mobilisiert,

um den großen Zustrom von Familien zu unterstützen, die vor der Gewalt im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) fliehen. Seit Januar 2025 sind fast 70 000 Menschen - vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen - vor den Kämpfen in der Demokratischen Republik Kongo nach Burundi geflohen, wobei viele von ihnen auf der Suche nach Sicherheit gefährliche Flussüberquerungen und lange Fußmärsche auf sich genommen haben. Jeden Tag kommen weitere Menschen hinzu, so dass es sich um den größten Zustrom nach Burundi seit Jahrzehnten handelt. Auch in den anderen Nachbarländern der Demokratischen Republik Kongo, darunter Ruanda, Uganda und Tansania, nimmt der grenzüberschreitende Zustrom aufgrund des eskalierenden Konflikts im Osten des Landes zu, was den Hunger in der gesamten Region zu verschärfen droht. 25.03.2025

Südsudan: Deutsche Botschaft geschlossen

Außenministerin Annalena Baerbock teilte mit, dass Angesichts der Verschärfung der Gewalt im Südsudan, die deutsche Botschaft geschlossen wird. An der Grenze zu Äthiopien kämpft seit Wochen eine Miliz der Volksgruppe der Nuer, der auch Vizepräsident Machar angehört, gegen Regierungssoldaten. Nach UN-Angaben sind seit Februar mindestens 50.000 Menschen auf der Flucht. Die Armee wirft Machars Partei vor, den Konflikt anzuzetteln. Machar beschuldigt wiederum Kiir, seine Anhänger entmachten zu wollen. 25.03.2025

Tunesien: Solarparks

Tunesien setzt auf erneuerbare Energien und hat im Rahmen internationaler Ausschreibung Großprojekte vergeben. An vier internationalen Unternehmen wurden die Lizenzen für den Bau von Solarparks mit einer Gesamtkapazität von 500 Megawatt im Wert von insgesamt 386,31 Millionen US Dollar, vergeben: Qair International SAS (französisch) für den Bau von zwei Anlagen mit einer Gesamtkapazität von 300 MW, Voltalia (französisch) für einen 100-MW-Solarpark, Scatec (norwegisch) und Aeolus (japanisch), eine Einheit von Toyota Tsusho (8015.T), für ein 100-MW-Projekt vergeben. 25.03.2025

„Der Teufel kann wütend sein, aber wir bauen Kirchen“

Präsident William Ruto hat sein Engagement für den Bau von Kirchen in ganz Kenia bekräftigt und die Kritik von Gegnern zurückgewiesen. Er kündigte auch sein persönliches Engagement für die Fertigstellung der AIC-Kirche Jericho an und bekundete seine Absicht, dem Bauausschuss beizutreten. 24.03.2025

Namibia: Erste Frau als Präsidentin

Am 35. Unabhängigkeitstages des Landes übergab der scheidende Staatschef Mbumba die Macht an Nandi-Ndaitwah. Sie wurde als erste weibliche Präsidentin Namibias vereidigt, nachdem sie die Wahlen gewonnen hatte. Sie war zuvor ein Jahr lang Vizepräsidentin und ist eine Veteranin der South West Africa People's Organisation (SWAPO), die das dünn besiedelte und uranreiche Land 1990 in die Unabhängigkeit von der südafrikanischen Apartheid geführt hat und das Land seit 35 regiert. 24.03.2025

Weitere Info: <https://netzwerkafrika.de/>

Wandel des Devisenhandels in Afrika